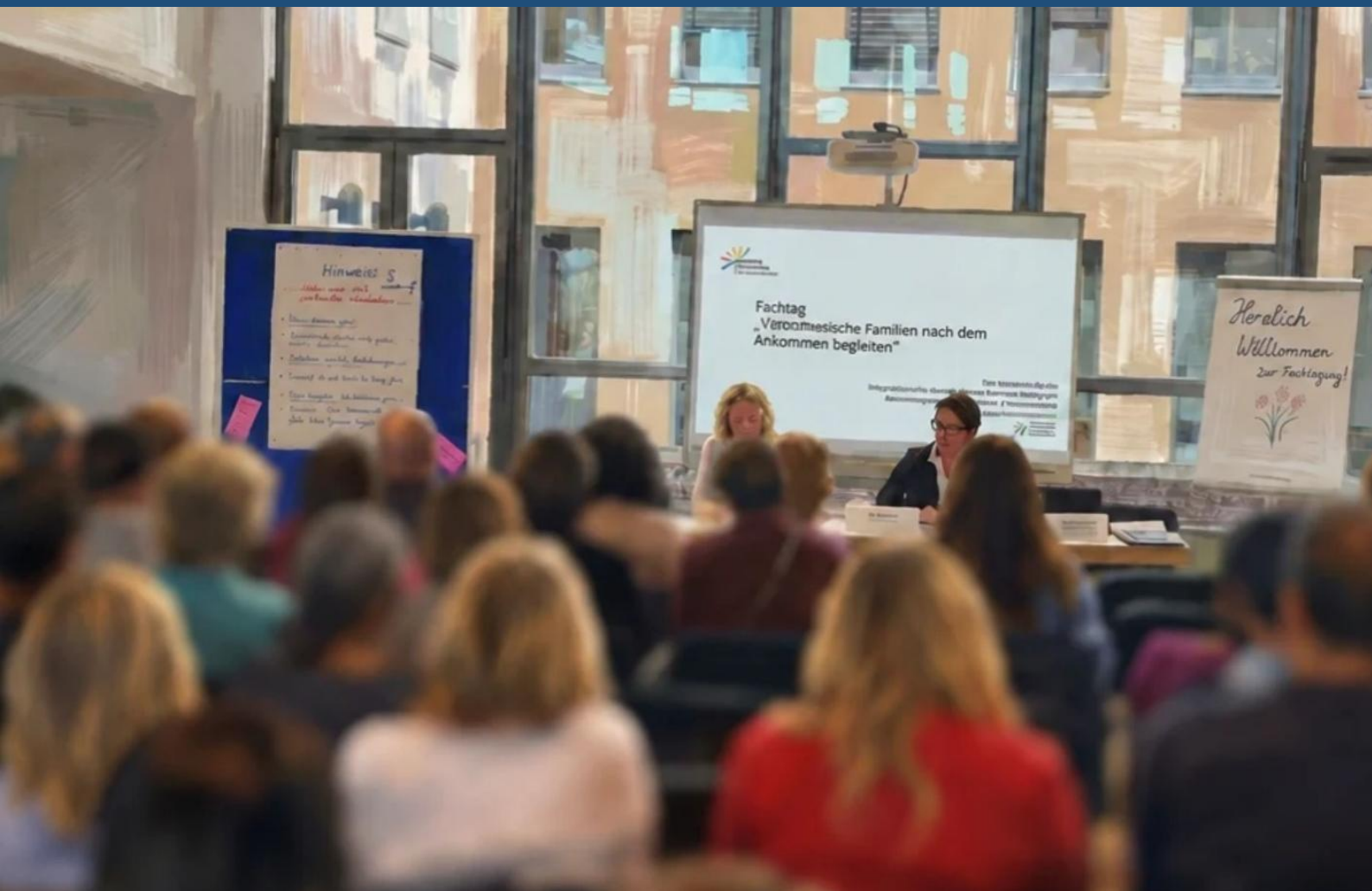
Fachtag 2026

Vietnamesische Familien nach dem Ankommen begleiten

Dokumentation

Donnerstag, 17.09.2026, 9-13 Uhr
Rathaus am Alice-Salomon-Platz
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf



Eine Veranstaltung von:

Bezirksbeauftragte für Partizipation und Integration
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin,
Irina Warkentin

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf | BERLIN

Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) Berlin/Brandenburg e.V. mit
„Kompetenznetzwerk Vietnam“ sowie
„Expert:innenrunde zur Situation vietnamesischer Asylbewerberinnen“

VIA Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.

KOMPETENZ-NETZWERK VIETNAM

Das Projekt „Kompetenznetzwerk Vietnam“ wird aus Mitteln der Europäischen Union (Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds AMIF) und von der Beauftragten des Senats für Partizipation, Integration und Migration aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gefördert.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Die Beauftragte des Senats für Partizipation, Integration und Migration | Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung | BERLIN

Kontakt:
VIA Berlin/Brandenburg e.V.
Petersburger Str. 92, 10247 Berlin |
Nozomi Spennemann
vietnam@via-in-berlin.de

Begrüßung

Irina Warkentin |
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Beauftragte für Partizipation und Integration

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitwirkende und Gäste,

ich freue mich sehr, Sie heute hier in Marzahn-Hellersdorf zu unserem **Fachtag „Vietnamesische Familien nach dem Ankommen begleiten“** begrüßen zu dürfen.
Es ist inzwischen bereits der **dritte Fachtag zur neuen Zuwanderung aus Vietnam**, den wir hier in Marzahn-Hellersdorf durchführen. Und ich finde, wenn wir heute zum dritten Mal zusammenkommen, lohnt sich ein kurzer Blick darauf, wo wir eigentlich angefangen haben – und wie sich das Thema seitdem entwickelt hat.
Als wir 2024 unseren ersten Fachtag durchgeführt haben, war der Ausgangspunkt zunächst sehr konkret und sehr bezirklich. Wir haben in Marzahn-Hellersdorf festgestellt, dass Kolleginnen und Kollegen in ganz unterschiedlichen Bereichen zunehmend mit Fragen rund um die neue Zuwanderung aus Vietnam konfrontiert waren. Gleichzeitig gab es bereits viel Wissen und gute Praxis – aber eben an unterschiedlichen Stellen.
Deshalb haben wir damals Mitarbeitende aus Verwaltung, Jobcenter, Schulen, Kitas, Polizei und Beratung zusammengebracht. Es ging darum, Hintergründe der Zuwanderung besser zu verstehen, vorhandene Ressourcen sichtbar zu machen und Erfahrungen aus der Praxis miteinander zu teilen – beispielsweise aus der Arbeit in Unterkünften, der Begleitung schwangerer vietnamesischer Frauen oder der Kitasozialarbeit.
Schon damals wurde deutlich**: Viele der Fragen, mit denen wir es zu tun haben, betreffen nicht nur einen einzelnen Fachbereich. Und zunehmend sehen wir, dass sie auch nicht an Bezirksgrenzen enden.**
Die neue Zuwanderung aus Vietnam war zunächst insbesondere hier **in Marzahn-Hellersdorf und in Lichtenberg** sichtbar und Gegenstand des fachlichen Austauschs. Mittlerweile zeigen aber auch andere Bezirke, wie bspw. **Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf** verstärkt Interesse an diesem Themenfeld und an unserem Austausch.
Das ist für mich eine wichtige Entwicklung. Denn es spricht dafür, dass die neue Zuwanderung aus Vietnam auch in anderen Teilen Berlins sichtbarer wird und die damit verbundenen Fragestellungen dort an Bedeutung gewinnen.
Aus einem zunächst bezirklichen Austausch entwickelt sich damit zunehmend ein berlinweiter Fachaustausch.
Und genau das brauchen wir. Denn wenn Fachkräfte in verschiedenen Bezirken ähnliche Erfahrungen machen, sollten wir dieses Wissen zusammenbringen: Was funktioniert gut? Wo gibt es ähnliche Schwierigkeiten? Welche Lösungen können wir voneinander übernehmen? Und an welchen Stellen stoßen wir auf strukturelle Fragen, die wir auf bezirklicher Ebene allein nicht lösen können?
Auch unser zweiter Fachtag im vergangenen Jahr hat diesen erweiterten Blick bereits aufgegriffen. Unter dem Titel **„Vietnamesisches Berlin: Jobchancen & Fachkräftebedarf im öffentlichen Dienst“** haben wir uns mit Zuwanderung aus Vietnam, Fachkräftegewinnung und Zugangsbarrieren zum öffentlichen Dienst

beschäftigt. Dabei waren bereits unterschiedliche Berliner Perspektiven vertreten – aus Bezirken, Senatsverwaltung, Beratungsprojekten und der vietnamesischen Community.
Dass die Zuwanderung aus Vietnam inzwischen auch auf Landesebene stärker in den Blick genommen wird, zeigt sich an einem weiteren Beispiel: Auf Grundlage eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses arbeitet auf Senatsebene die Task Force **„Faire Anwerbung von Azubis“**. Sie beschäftigt sich unter anderem mit der Zuwanderung aus Vietnam und damit, Empfehlungen für faire und kontrollierte Rahmenbedingungen bei der Anwerbung zu entwickeln.
Das ist ein anderer Schwerpunkt als der unseres heutigen Fachtages. Es zeigt aber, wie vielfältig die Fragestellungen rund um die neue Zuwanderung aus Vietnam inzwischen sind – von Anwerbung, Ausbildung und Arbeitsmarktintegration bis hin zur Frage, wie Menschen nach ihrer Ankunft in Berlin gut erreicht und begleitet werden können.
Und genau hier setzt unser dritter Fachtag an.
Heute richten wir den Blick ganz bewusst auf **vietnamesische Frauen mit ihren Kindern in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft.**
Aus der Praxis wissen wir, dass bei dieser Zielgruppe verschiedene Problemlagen ineinandergreifen. Es geht um rechtliche Rahmenbedingungen und Abhängigkeiten, um Fragen der Vaterschaftsanerkennung, um neugeborene Kinder, die teilweise über längere Zeit ohne Krankenversicherung bleiben, und ganz grundsätzlich um die Frage, wie unsere Beratungs- und Unterstützungssysteme diese Frauen erreichen können, wenn zunächst existenzielle Fragen im Vordergrund stehen.
Deshalb soll es heute auch nicht nur darum gehen, Informationen weiterzugeben. Wir wollen die Erfahrungen aus Verwaltung, Beratung und Praxis zusammenbringen und gemeinsam schauen: Wo liegen konkrete Handlungsmöglichkeiten? Was können wir in unseren jeweiligen Strukturen verbessern? Und wo stoßen wir auf strukturelle Probleme, für die wir weitergehende Lösungen brauchen? Genau das ist auch das Ziel des heutigen Fachtages.
Ich glaube, genau darin liegt mittlerweile eine besondere Stärke dieses Formats: **Wir bringen Praxis, Verwaltung, Beratung und Communitywissen zusammen.** Und aus einem Austausch, der einmal sehr konkret hier in Marzahn-Hellersdorf begonnen hat, entsteht zunehmend ein Netzwerk über Bezirksgrenzen hinweg.
Mein herzlicher Dank gilt deshalb der **Expert:innenaustauschrunde vietnamesische Asylbewerberinnen**, dem **Kompetenznetzwerk Vietnam** und natürlich allen Referentinnen und Referenten und allen weiteren Mitwirkenden, die den heutigen Fachtag vorbereitet haben und ihre Expertise mit uns teilen. Und vor allem danke ich Ihnen allen, dass Sie heute hier sind und Ihre Erfahrungen und Perspektiven einbringen.

Ich wünsche uns einen offenen, praxisnahen Austausch, neue Erkenntnisse und möglichst viele Impulse, die wir anschließend in unsere jeweiligen Bereiche und Bezirke mitnehmen können.

Stationen vietnamesischer Mütter von der Schwangerschaft bis zum 1. Lebensjahr des Kindes

Nozomi Spennemann/ Expert:innenrunde Vietnamesische Asylbewerberinnen

Die Expert:innenrunde Vietnamesische Asylbewerberinnen entstand Ende 2020 aus einer bezirklichen Arbeitsgruppe heraus und wird seit April 2023 vom Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf gefördert.

Die Ausgangssituation für den berlinweiten Austausch gestaltete sich wie folgt:

- Schwangere vietnamesische Frauen wurden in den Flüchtlingsunterkünften zunehmend sichtbar.
- Die Frauen sind an verschiedenen Anlaufstellen zwar präsent und erreichbar, „laufen jedoch geräuschlos vorbei".
- Sozialpädagogische Beratungsangebote, präventive und freiwillige Maßnahmen sowie Integrationsangebote werden nur begrenzt genutzt.
- Probleme werden in erster Linie durch Agenturen oder Dienstleister (vermeintlich) gelöst.
- (Muttersprachliche) Beratung wird oft erst dann aufgesucht, wenn es bereits zu spät ist.
- Erschwerte Migrationsbedingungen machen die Frauen anfällig für Abhängigkeiten und Ausbeutung.
- Falschinformationen und kommerziell gesteuerte Migration führen zu Folgeproblemen zulasten der Mütter und Kinder.

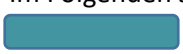
Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, an allen Stationen zu vermitteln, dass

- die Frauen und Familien bei allen Problemlagen kostenfreie, vertrauliche und professionelle Unterstützung erhalten können,
- sie dem Hilfesystem vertrauen können,
- sie aus der Abhängigkeit heraus und hin zu einer gelingenden Integration unterstützt werden sollen.

Es geht darum, gezielt und gebündelt richtige Informationen zu vermitteln. Im Fokus stehen dabei heute Informationen zur Verschärfung der Vaterschaftsanerkennung sowie zu Neugeborenen ohne Krankenversicherung, wofür sämtliche Kanäle und Zugänge genutzt werden sollen.

Die Expert:innenrunde zeichnet sich durch eine große Vielfalt beteiligter Institutionen, Einrichtungen und Projekte aus, die allesamt einen Zugang zu vietnamesischen Müttern haben. Das Zusammenwirken gelingt umso besser, je verlässlicher der gegenseitige Verweis funktioniert und je weniger Versorgungs- und Informationslücken entstehen.

Im Folgenden sind die Stationen dargestellt, die vietnamesische Schwangere und Mütter versorgen:


= Vietnamesische Schwangere ohne Papier/Asylsuchende nutzen mindestens einmal diese Stellen


= Angebundene Behörden


= Benachbarte Strukturen mit Zugang zu Frauen über weitere Themen

Schwanger | Geburt des Kindes | 1. Lebensjahr

Vor der Geburt | Schwangerschaftsvorsorge (Gynäkologie, Hebamme) + Sozialarbeit

- Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung
- FPZ Balance

Rund um die Geburt

- Geburtskliniken/ Babylotsinnen
- Schwangeren-/Familienberatung (Stiftungsantrag)

Nach der Geburt | Kindergesundheit

- KJGD
- Anlaufstellen für nicht krankenversicherte Kinder (open.med Zehlendorf, MMM)
- Evas Arche/ Welcomebabybags

Unterkünfte/Sozialdienste

Ankunftszentrum/ Landesamt für Flüchtlingsfragen und Unterbringung (LFU)

LEA

Standesamt

Jobcenter

Integration

- Integrationslots:innen
- Migrationsberatung
- Sprachschulen
- Rechtsberatung
- Berufsberatung

Erziehung/Familie

- Stadtteilmutter
- Kita
- Familienberatung

Aktuelle Rechtslage der Vaterschaftsanerkennung

Imeke de Weldige | Rechtsanwältin

Rückblick zur Entwicklung der Vaterschaftsanerkennung:
1998 wurde das Verfahren zur Vaterschaftsanerkennung in Deutschland maßgeblich vereinfacht, um den rechtlichen Schutz unehelicher Kinder zu stärken. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 gewann die Vaterschaftsanerkennung eine zusätzliche aufenthaltsrechtliche Relevanz: Erkennt ein deutscher Staatsbürger die Vaterschaft für das Kind einer ausländischen Mutter an, erhält das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit. Gleiches gilt, wenn der Vater bei Geburt des Kindes ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat und sich seit mindestens 5 Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält. Damit einhergehend erlangt regelmäßig die Mutter ein Aufenthaltsrecht zur Personensorge. Um Missbrauch entgegenzuwirken, wurde im Jahr 2008 eine Regelung zur behördlichen Vaterschaftsanfechtung eingeführt. Diese Praxis erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Jahr 2013 für verfassungswidrig und nichtig. Als Reaktion darauf verabschiedete der Gesetzgeber 2017 das Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft, § 85 a AufenthG: Bei konkretem Verdacht auf eine missbräuchliche Anerkennung waren Urkundspersonen (wie Notare, Standesämter oder Jugendämter) verpflichtet, das Verfahren auszusetzen die Ausländerbehörde einzuschalten. Da der Gesetzgeber von weiterhin hohen Missbrauchszahlen ausgeht, wurden die Bestimmungen zur Vermeidung von Missbrauch 2026 erneut neugeregelt (jetzt § 85 a – 85 d AufenthG).

→ **Hier zur Präsentation (Download)**

Inhalt

- Wirksamkeitsvoraussetzungen für eine Vaterschaftsanerkennung
- Missbrauch: Merkmale und Argumente für/gegen Missbrauch
- Prüfverfahren durch Ausländerbehörde
- Rücknahme der Zustimmung
- Eintragung in das Geburtenregister

Frau de Weldige ist seit 30 Jahren Rechtsanwältin und spezialisiert auf Migrationsrecht/Familienrecht.

Neugeborene ohne Krankenversicherung: Strukturelle Ursachen, Versorgungslücken und gesundheitliche Folgen

Dorothea Herlemann | open.med Ambulanz Berlin-Zehlendorf

Zusammenfassung

Die open.med Ambulanz Berlin-Zehlendorf versorgt Kinder und Erwachsene ohne Zugang zur Regelversorgung. 2025 waren das rund 1.500 kinderärztliche Konsultationen, wovon etwa 90 % Kinder vietnamesischer Mütter waren.

Die Ursache ist, dass der Anspruch auf Versicherung nicht rechtzeitig ankommt. Gründe sind fehlende oder verspätete Geburtsdokumente, ein unklarer Status des Kindesvaters, komplexe Antragsverfahren und der uneinheitliche Umgang der Krankenkassen mit Ersatzdokumenten. Seit dem 29.07.2026 wird eine Vaterschaftsanerkennung in bestimmten Konstellationen erst mit Zustimmung der Ausländerbehörde wirksam. Erwartet werden längere Klärungszeiten und Verzögerungen bei der Familienversicherung; belastbare Daten dazu fehlen noch. Hinzu kommen Sprachbarrieren, unsicherer Aufenthalt, finanzielle Abhängigkeiten und geringes Vertrauen in Behörden.

Daraus folgt eine Versorgungslücke, und gesundheitliche Ungleichheit schon ab Geburt.

Forderungen: verlässliche Sprachmittlung, klare Ansprechpersonen und zügige Verfahren in den Ämtern, aufsuchende Beratung (z. B. Stadtteilmütter), Gesundheitsversorgung ab Geburt unabhängig von laufenden Verwaltungsverfahren sowie legale Alternativen und mehr Schutz vor Ausbeutung.

→ Hier zur Präsentation (Download)

Inhalt

- Ein Fall aus der Praxis
- Was sehen wir bei open.med Zehlendorf?
- Warum entsteht die Versorgungslücke?
- Warum ist das ein Public-Health-Problem?
- Was muss sich ändern?



Frau Herlemann leitet seit rund zehn Jahren die open.med Ambulanz Zehlendorf, eine medizinische Anlaufstelle für Menschen ohne Krankenversicherung. Sie hat einen Hintergrund in Public Health und Politikwissenschaft und arbeitet seit vielen Jahren an der Schnittstelle von Gesundheit, Migration und sozialer Teilhabe.

info@medizin-hilft.org

Workshop 1 | Vaterschaftsanerkennung

Moderation: Irina Warkentin/Beauftragte für Partizipation Marzahn-Hellersdorf
Fachliche Begleitung: Imeke de Weldige/ Rechtsanwältin

1. Ziel der Runde

Nach dem Fachinput zum neuen Recht ging es darum, „vom Recht in die Praxis“ zu kommen: Welche Probleme begegnen den Beratenden schon jetzt in der Arbeit mit vietnamesischen Müttern und Kindern, wo gibt es Lösungsansätze, wer wird dafür gebraucht (Recht, Verwaltungshandeln, Struktur), und welche Forderungen lassen sich weitergeben?

2. Rechtliche Klarstellungen aus der Fragerunde

Zustimmung der Ausländerbehörde: Antwortet die Behörde innerhalb von vier Monaten nicht auf den Antrag beider Eltern, gilt die Zustimmung als erteilt. Es gibt aber zahlreiche Regelungen zur Unterbrechung dieser Frist. Das Standesamt verlangt für die Eintragung entweder die Zustimmung oder ein positives DNA-Gutachten. Fehlt der Nachweis, muss es bei der Ausländerbehörde nachfragen. Das dürfte sich in der Praxis ziehen; es gibt die Möglichkeit über einen Antrag bei dem Amtsgericht Schöneberg, das Standesamt zum Tätigwerden zu verpflichten.

Zwei Wege der Prüfung: Eltern können die biologische Abstammung nachweisen oder im Prüfverfahren darlegen, dass der Vater zumindest Teilbereiche der Elternverantwortung übernimmt. Nach dem Bundesverwaltungsgericht begründet fehlende biologische Abstammung für sich keinen Missbrauchsverdacht.

Aufenthaltsrechtliches Gefälle: Maßgebliches Gefälle im Sinne von § 85 a AufenthG ist im Einzelfall genau zu prüfen und kann nur vorliegen , wenn eine Elternteil deutsch ist, oder ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat, und der/die andere keinen.



DNA-Nachweis: Es gibt verschiedene Institute, deren Gutachten den gerichtlichen Standards entsprechen (im Institut nachfragen). Alternativ kann ein Antrag auf Feststellung der Vaterschaft beim Familiengericht in Betracht kommen (Verfahrenskostenhilfe möglich, Antrag bei der Rechtsantragsstelle ohne Anwalt möglich).

Zeitliche Geltung: Das neue Recht gilt für Anerkennungen ab Inkrafttreten der Neuregelung (29.07.2026) und entfaltet entgegen der Behauptung mancher Ausländerbehörden keine Rückwirkung.

Scheidung in Vietnam: Kinder, die innerhalb von 300 Tagen nach der Scheidung geboren werden, werden rechtlich dem Ex-Ehemann zugeordnet. Seit 01.04.2026 ist das nicht mehr einfach durch Anerkennung und Zustimmung des Ex-Ehemannes zu lösen, sondern ist die Anerkennung in diesen Fällen nur durch den leiblichen Vater möglich. Eine rein „soziale“ Vaterschaft ist damit in diesen Fällen ausgeschlossen. Anders nach Anfechtung gegen den Ex-Mann, diese ist aber sehr schwer durchführbar (Zustellung in Vietnam, Gutachten).

Verteilung: Wenn Zustimmung der Ausländerbehörde erforderlich ist, ist die Vaterschaftsanerkennung erst wirksam, wenn die Zustimmung vorliegt. Vorher besteht kein rechtliches Abstammungsverhältnis, so dass die Vaterschaft zunächst außer Betracht bleiben kann und Mutter und Kind an einen anderen Ort verteilt werden können. Das erschwert den Nachweis der tatsächlichen Übernahme von Elternverantwortung maßgeblich. Wie in Berlin insoweit praktisch verfahren wird, ist noch nicht bekannt.

Staatsangehörigkeit: Bei ausländischen Eltern erhält das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit nur, wenn ein Elternteil ein unbefristetes Aufenthaltsrecht und mindestens fünf Jahre rechtmäßigen Aufenthalt im Bundesland hat. Es gilt grundsätzlich weiterhin, dass ein Kind die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verliert, wenn die Vaterschaft angefochten wird und das Kind das 5. Lebensjahr vollendet hat. **Aber** nach neuer Rechtslage geht die deutsche Staatsangehörigkeit auch für ältere Kinder verloren, die Ausländerbehörde ihre Zustimmung zur Vaterschaftsanerkennung zurücknimmt (z. B. wegen falscher Angaben). Dann entfallen Anerkennung und Staatsangehörigkeit, und die Mutter verliert ihre Aufenthaltsgrundlage, wenn die Kinder dabei nicht staatenlos werden. Dies betrifft vietnamesische Kinder.

Schutz und Verfahren: In Berlin gibt es seit 2008 die Regelung, dass Schwangere und Wöchner:innen für drei Monate vor und nach der Geburt eine Duldung bekommen. Während des Prüfverfahrens besteht Duldung. Bei negativer Entscheidung endet sie sofort, dann ist ein Eilantrag beim Verwaltungsgericht nötig – spätestens hier braucht es anwaltliche Beratung.

Gesamteinschätzung. Wirkt der Vater gar nicht mit, ist „nichts zu retten“, es sei denn, er ist leiblicher Vater. Gerichtlich geprüfte Fälle gibt es noch nicht.

3. Herausforderungen in der Praxis

- **Abhängigkeit vom Vater:** Ohne dessen Mitwirkung scheitert das Verfahren; auch der Kontakt kann abreißen.
- **Dokumentation des Umgangs:** Übernahme väterlicher Verantwortung sollte möglichst belegt werden, z. B. durch regelmäßige Fotos vom Umgang (ausgedruckt, mit Datum), gemeinsames Abholen aus der Kita,

Fotos mit Familie und Freunden, Unterhaltszahlungen ggf. auf Konto und nicht bar, Aufbewahrung von Belegung bei Anschaffungen für das Kind etc.

- **Dienstleister und Community:** Die Community ist gut informiert, vor allem über soziale Medien, und vertraut Dienstleistern mehr als Behörden und Beratungsstellen. Kritisiert wurden überhöhte Kosten und Abhängigkeiten.
- **Vertrauen und Erreichbarkeit:** Frauen kommen oft erst, „wenn alles schiefgelaufen ist". Gesundheitsdienste berichten, dass nur etwa eine von zehn zu Terminen erscheint und Hausbesuche ins Leere laufen.
- **Ressourcen:** Dolmetschende dürfen teils nicht bezahlt werden; muttersprachliche Beratung (z. B. Vietnamesisch) ist zu knapp und es fehlt die Finanzierung.
- **Lebensperspektiven:** Frauen stehen unter Schuldendruck und sehen oft keine Alternative zur Schwangerschaft, etwa bei Abbruch der Ausbildung.



4. Lösungsansätze und Ergebnisse

Kontrovers: Infoblätter in der Muttersprache, früh und kurz (Aufenthaltsrecht, Schwangerschaft, Kindschaftsrecht; Kernbotschaft: Kontakt zum Vater halten und belegen). Möglicherweise ist das Thema juristisch zu komplex für knappe Merkblätter und niedrigschwellige Multiplikation, etwa in Schulen und in offenen Informationsabenden der Zentren vorzugswürdig.

Festgehalten wurden:

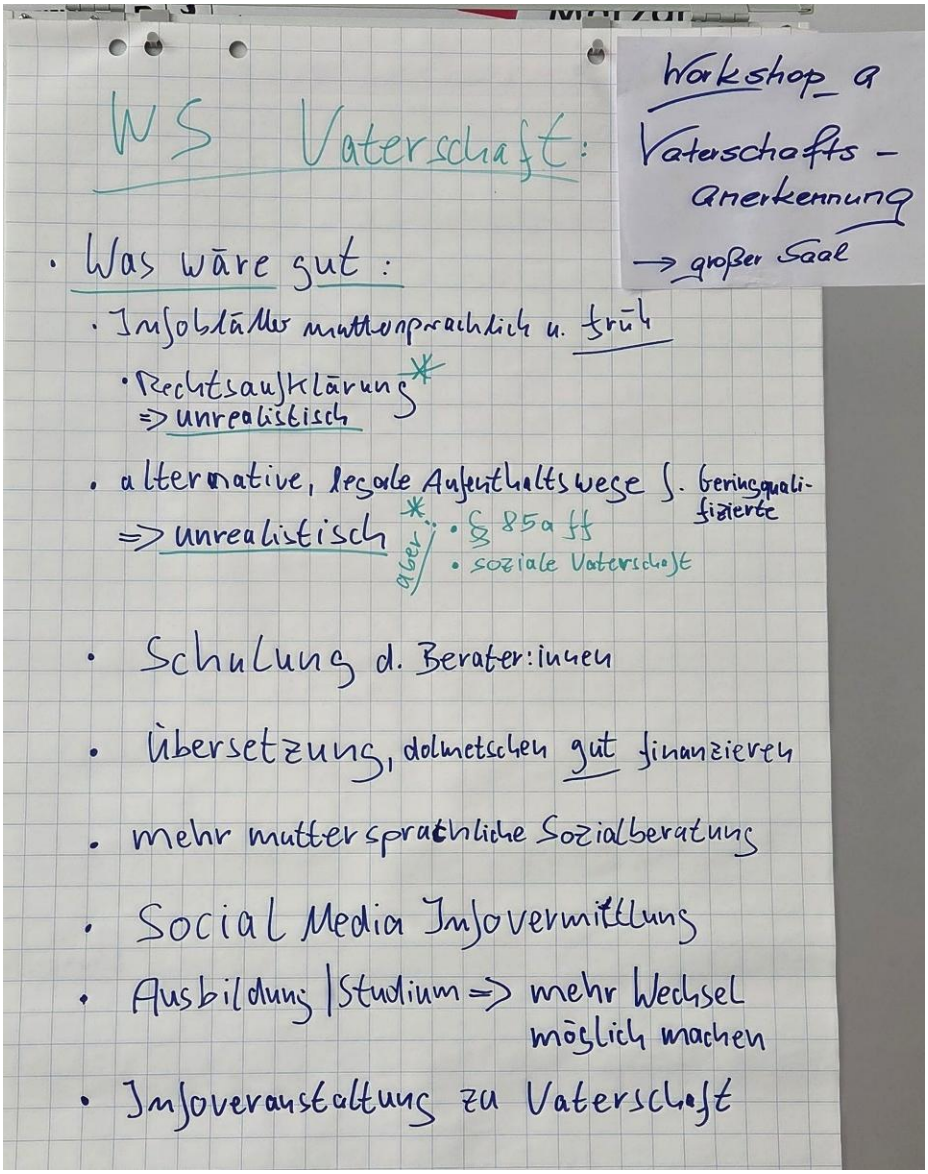
- Schulung der Beratenden
- Ausreichend finanzierte Dolmetschende
- Mehr muttersprachliche Sozialberatung
- Informationsvermittlung auch über soziale Medien
- Beratung direkt in den Unterkünften, möglichst ab Erstaufnahme (Beispiel NRW)
- Wechselmöglichkeiten bei Ausbildung und Studium, damit Abbruch nicht in die Schwangerschaft führt
- Politische Forderung: legale Einwanderungsmöglichkeiten auch für gering qualifizierte Menschen, auch zur Eindämmung von Menschenhandel

Als unrealistisch eingestuft: umfassende „knackige" Infoblätter sowie neue alternative Aufenthaltswege im aktuellen politischen Klima.

5. Offene Punkte

Wie Zusammenarbeit von Standesämtern und Ausländerbehörden praktisch laufen wird

- Finanzierung von Informationsmaterial, Dolmetschenden und Beratung
- Weitergabe der gesammelten Forderungen an die zuständigen Stellen



Workshop 2 | Kinder ohne Krankenversicherung

Moderation: Vera Schiche, Koordinatorin für Geflüchtetenfragen Marzahn-Hellersdorf
Fachliche Begleitung: Dorothea Herlemann/open.med Berlin-Zehlendorf

Der Workshop knüpft an den Vortrag zu neugeborenen Kindern ohne Krankenversicherung an. Anhand kurzer Fallvignetten aus der Versorgungspraxis arbeiteten die Teilnehmenden in Kleingruppen heraus, an welchen Stellen zwischen Geburt, Aufenthaltsrecht, Leistungsbehörde, Krankenkasse und medizinischer Versorgung Zugangsbarrieren entstehen.

Fallbeispiel

Eine vietnamesische Mutter lebt in Berlin und erhält Leistungen über das LAF. Sie hat vor sechs Wochen ein Kind bekommen. Der Vater ist deutscher Staatsangehöriger, die Vaterschaftsanerkennung ist jedoch noch nicht wirksam abgeschlossen. Eine Geburtsurkunde liegt noch nicht vor.

Das Baby ist aktuell nicht regulär krankenversichert. Die nächste U-Untersuchung steht an, außerdem sind altersentsprechende Impfungen fällig.

Die Mutter wurde bereits an verschiedene Stellen verwiesen. Für sie ist nicht klar, wer aktuell für die medizinische Versorgung des Kindes zuständig ist und wie lange die Klärung noch dauern wird. Sie spricht nur wenig Deutsch und ist auf Unterstützung durch Beratungsstellen angewiesen.

Schließlich kommt sie mit ihrem Kind in eine niedrigschwellige Ambulanz für Menschen ohne Krankenversicherung.





Gruppe 1: Wie kommt das Kind in die Versorgung?

Was müsste jetzt konkret passieren? Welche Stellen sind beteiligt? Welche Unterlagen oder Informationen werden benötigt? Über welchen Weg könnte das Kind zunächst und später abgesichert werden?

Beratungsstelle

→ Hinweis auf open.med, MM (Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung) und KJGD

→ Krankenversicherung klären

- Antrag beim LFU (wenn das Kind noch keine Vaterschaftsanerkennung hat)
- Papiere vorlegen und klären: Vaterschaftsanerkennung und Geburtsurkunde, ggf. Kommunikation mit Standesamt und Behörden (Fachwissen fehlt auch bei Fachkräften)

Probleme

- Von den Krankenkassen werden nicht nötige Unterlagen verlangt (z. B. Geburtsurkunde trotz Registrierung + Vaterschaftsanerkennung oder Geburtsbescheinigung vom Krankenhaus)
- Schwieriger bzw. kein Kontakt zum Kindsvater; teils sind Vollmachten vorhanden

Lösungsvorschlag

- Entbindungsklinik verteilt Info in der Muttersprache
- Wissen, wie bei den Krankenkassen eine Krankenversicherung beantragt werden kann

Was fehlt

Genaue Verfahrensanweisung („Fahrplan“) für Fachkräfte und Erstaufnahmeeinrichtungen

Gruppe 2: Wo bricht der Weg?

○ Wo können Wartezeiten entstehen? ○ Wo fehlen Dokumente oder Informationen? ○ Wo sind Zuständigkeiten unklar? ○ Wo funktioniert die Kommunikation zwischen Familie, Beratungsstelle, Behörde und Krankenkasse nicht?

- Sprache!!! Infos laufen über Dienstleister
- Standesamt: Dokumente, Geburtsurkunde KM/KV (Kindsmutter/Kindsvater)
- LFU: Negativbescheinigung der Krankenkasse, dass das Kind noch nicht versichert ist
- Mütter wissen nicht, dass der KJGD auch (nur) untersucht (Vorsorge) und impft
- Wem vertrauen Mütter? (Absagen von Beratungsangeboten)

→ Lösung

Angebote an Unterkünften mit Sprachmittlung

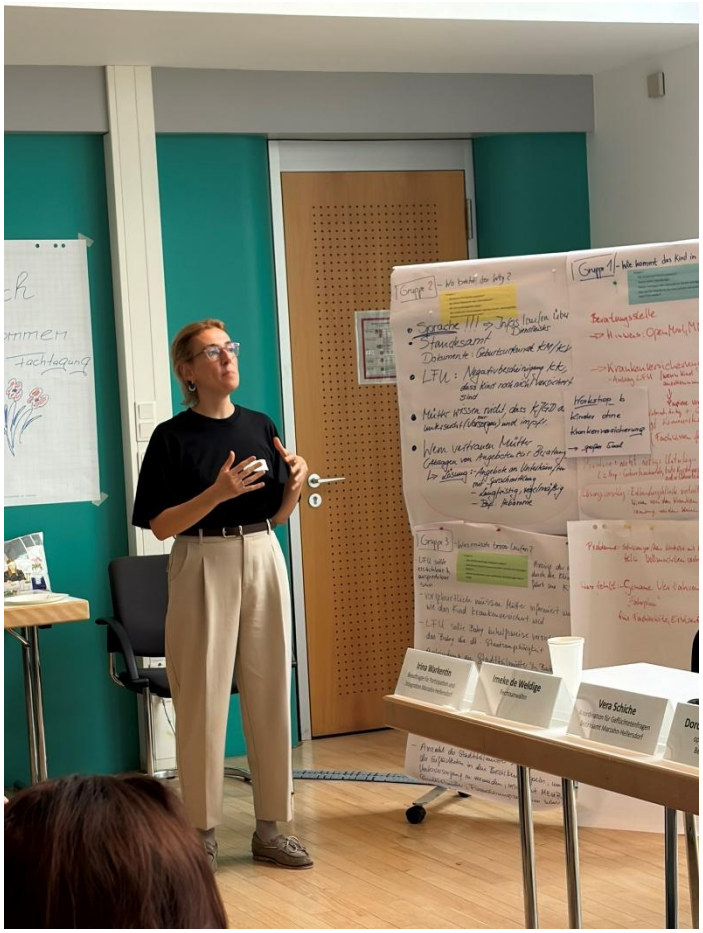
- Langfristig, regelmäßig
- Beispiel: Hebamme

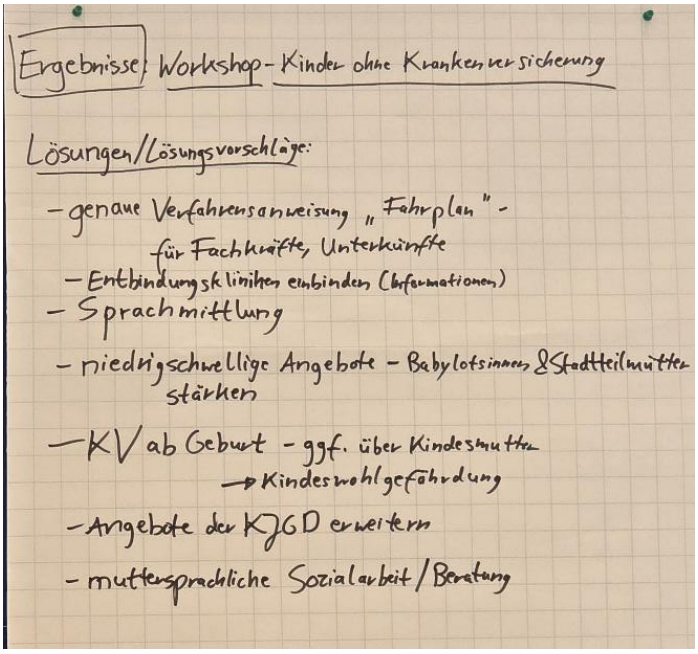
Gruppe 3: Was müsste besser laufen?

Was könnte kurzfristig verbessert werden? Was braucht bessere Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen? Welche strukturellen oder politischen Veränderungen wären nötig?

- LFU sollte erreichbar und ansprechbar sein
- Anzeige der Geburt durch die Klinik führt zur KV
- Vorgeburtlich müssen Mütter informiert werden, wie das Kind krankenversichert wird
- LFU sollte das Baby behelfsweise versichern, bis das Baby die deutsche Staatsangehörigkeit hat
- Anbindung an Stadtteilmütter und Babylots*innen stärken (diese besser bezahlen!)
- KV-Schutz im 1. Lebensjahr an die KV der Mutter „koppeln“
- KJGD sollte Leistungsspektrum (Impfungen, Hüft-Sono, …) erweitern → landesfinanziert
- Anzahl der Stadtteilmütter stärker an Zahlen der Geflüchteten in den Bezirken koppeln, um Unterversorgung zu vermeiden; insgesamt mehr Stadtteilmütter; Finanzierungszeitraum lieber auf 5 Jahre







Workshop 3 | Kultursensibler Umgang mit vietnamesischen Frauen

Moderation: Sybill Schulz
Referentin: Hang Hoang, Kompetenznetzwerk Vietnam /VIA Berlin-Brandenburg e.V.

Wichtiger Rahmen für Workshop

1. **Institutionen sind kein neutraler Ort.**

Ob Ämter, Behörde, oder Beratungsstelle: Manche Klient:innen erleben solche Termine nicht als neutral, sondern als unsicher oder bedrohlich – geprägt von früheren Erfahrungen.
→ Die 4 Merkmale helfen, die Unsicherheit zu reduzieren.

2. **Kultur als Hypothese – nicht als Diagnose**

Die 4 Merkmale sind keine festen Regeln für alle Vietnames:innen.
→ Sie sind mögliche Orientierungen – jede Person ist anders.

Die vier wichtigsten Erkenntnisse

1. **Kommunikation, Autorität & Gesicht wahren**

- **Ein „Ja" oder Nicken** bedeutet nicht automatisch Zustimmung oder Verständnis. Gegenüber Behörden und Autoritätspersonen wird oft auf Harmonie und Respekt geachtet
- **Kritik, ein „Nein"** oder Unsicherheit werden selten direkt geäußert. Das ist Höflichkeit und Risikovermeidung, keine Täuschung – besonders wenn der Aufenthaltsstatus unsicher ist oder negative Behördenerfahrungen vorliegen.

→ „Was könnte hinter dem Ja liegen?"

2. **Beziehung vor Auftrag**

- Nicht sofort mit Problem und Lösung starten.
- Erst Sicherheit (Kleine Gesten: Getränk anbieten, auf Augenhöhe sitzen, nicht auf die Uhr schauen) und Vertrauen herstellen, besonders wenn Behörden als bedrohlich oder unberechenbar erlebt werden.



→ „Wie geht es Ihnen gerade in Berlin?" / „Was ist im Moment am schwierigsten?"

Tipps: wenn die Sprache fehlt: Ton, Mimik, Körperhaltung, Tempo transportieren oft mehr als Worte.

3. **Lebenssituation vor Kulturerklärung**

- Verhalten entsteht nicht nur aus Kultur – oft sind es Sprache, Geld, Wohnen oder unsicherer Status.
- Erst die Lebenslage verstehen, bevor Verhalten kulturell gedeutet wird.

Beispiel- Nachfragen: „Wie ist die Wohnsituation – gibt es Rückzugsmöglichkeiten?" / „Gibt es sprachliche Hürden?" / „Wie ist die finanzielle Lage gerade?" / „Gibt es Unsicherheiten beim Aufenthaltsstatus?"
→ Von „Das ist vietnamesische Kultur" zu „Was passiert gerade im Leben dieser Person?"

4. Familie als Ressource oder Belastung – nicht vorschnell interpretieren

- In vietnamesischen Familien ist der Familienverbund oft viel breiter gefasst als nur Eltern und Geschwister. Großeltern, Onkel, Tanten, Cousinen und Cousins können eine ebenso wichtige – manchmal sogar wichtigere – Rolle spielen als die Kernfamilie.

→ „Wer ist für Sie eine wichtige Unterstützung?" / „Mit wem besprechen Sie wichtige Entscheidungen?"

Gruppenarbeit

Fallbeispiel: Erstberatung mit einer jungen Mutter

Eine junge Frau (ca. 25 Jahre) kommt mit ihrem Kleinkind (ca. 2 Jahre) zur Erstberatung in ihre Behörde. Sie sucht Informationen zu finanziellen Leistungen.

- Sie spricht kaum Deutsch.
- Auf ihre Fragen reagiert sie meist mit Nicken und einem leisen „Ja".
- Sie lächelt häufig, spricht aber kaum von sich aus.
- Sie wirkt höflich, aber zurückhaltend.

Frage an die Gruppen:

„Was würden Sie – ausgehend von den 4 Merkmalen – in dieser Situation konkret tun oder sagen?"




Kommunikation
Beziehung vor Auftrag
Lebens-situation vor kultur
Familie
auf Vietnam. Schild mit Info
Schweige-pflicht erwähnen
Vietn. öffnen, wenn in eigener Wohnung
als Ressource oder/und Belastung
Dolmetschg. professionell
Frau zu Frau - Vorteil
Community als Unterstützung erfragen + motivieren
Keine Sprachmittlg. aus Familie: · möglicher Nachteil/ Bedrohung
Gratis-Beratung auch positiv
Aufklären über Termin + Inhalte im Bereich
Vietnam. Nanny nur zur Grundversorgung
Stillen vs. Flaschenmilch
'Service der Stadt Berlin' = Beratung
Stadtteilmutter als Unterstützung
Stillprobleme aufgrund Stress
Karten mit Themen auslegen - dt. - vietnam. -
Angstsituation oft höher als tatsächl. Gefahr
Nachfragen + Aufklären
- Wohnen
- Arbeitssituation
- Gesundheit
...
- z.B. Schreiben von Behörde unverständlich
Workshop_c
Kultursensibler Umgang mit vietnam. Frauen
→ kleiner Saal
automatische Übersetzung oft nicht korrekt
Versorgungssystem erklären - sehr komplex
→ besser auf Deutsch zeigen lassen
Logopädie abklären: Kinderärzt:in

Fazit und Ausblick

Sybill Schulz, Gesamtmoderation/ Systemische Coach - Supervisorin - Dozentin

Frau Schulz fasst die Ergebnisse und Empfehlungen aus drei Workshops zusammen und bedankt sich bei allen für den Austausch!

Fazit:

- Gewachsenen Beratungs- und Versorgungsstrukturen für Vietnames:innen erhalten und verstetigen
- Sensibilität im Umgang mit vietnamesischen Frauen/ Eltern, Beziehungsarbeit wichtig, Nachfragen schafft Vertrauen
- Social Media und Whatsapp-Gruppen nutzen zur Information und Aufklärung
- Krankenversicherung ab Geburt des Kindes prüfen und mit Krankenkassen klären
- Entbindungskliniken einbinden, Kontakt herstellen zu Babylots:innen bzw. Ärzt:innen
- muttersprachliche Infos zur Vaterschaft professionalisieren und Online stellen
- professionelle Sprachmittlung nutzen und zur Beratung einsetzen
- muttersprachliche Sozialarbeit verstetigen und besser finanzieren
- Babylots:innen und Sprachmittlung verstärken sowie adäquat honorieren
- Kontaktpersonen in Behörden identifizieren zur schnellen Klärung von Sachverhalten - bspw. im LFU, Bezirksämtern
- Verfahrensanweisung zum Umgang mit vietnamesischen Ratsuchenden für Fachkräfte erstellen

